



Protokoll

21. Sitzung des Landrates des Kantons Basel-Landschaft

Liestal, 20. Juni 1996

9.00–12.00

Abwesend Vormittag:

Remo Franz, Beatrice Geier, Ruth Heeb

Kanzlei

Walter Mundschin

Protokoll:

Alex Achermann

Index

Änderung der Ämterklassifikation	
Diplomniveau 1	464
Einreihung der neuen Funktion Gesundheits- und Krankenpflege	464
Bezirksschreibereien des Kanton BL	
GENV3/KAV	464
Büro des Landrates	
Wahl von 5 Mitgliedern	464
Fragestunde	467
Kantonale Psychiatrische Dienste (KPD) in Liestal	
Erneuerung der Telekommunikationseinrichtungen	465
Karlsruher Übereinkommen	
... den Kantonen SO,BS,BL, AG u. JU	466
Übereinkommen zwischen BRD, F, L und	466
Landratsbeschluss	462, 465-467
Lohnanpassung	
Individuelle und generelle jährliche	463
Mitteilungen	469
Persönliche Vorstösse	469
Strukturelle Besoldungsrevision	
Durchführung einer Hauptstudie	461
Überweisungen des Büros	470
Wahl der Vizepräsidentin des Landrates	463
Wahl des Präsidenten des Landrates	462
Wahl des Präsidenten des Regierungsrates	462
Wahl des Vizepräsidenten des Regierungsrates ...	463

Traktanden

- 20 96/98
Berichte des Regierungsrates vom 16. April 1996 und der Personalkommission vom 5. Juni 1996: Durchführung einer Hauptstudie "Strukturelle Besoldungsrevision" *beschlossen* 461
- 21 96/81
Motion von Susanne Buholzer vom 25. März 1996: Individuelle und generelle jährliche Lohnanpassung *als Postulat überwiesen* 463
- 22 96/100
Motion von Eva Chappuis vom 18. April 1996: Änderung der Ämterklassifikation (Einreichungsplan) - Einreihung der neuen Funktion Gesundheits- und Krankenpflege Diplom-niveau 1 *abgelehnt* 464
- 23 96/95
Berichte des Regierungsrates vom 9. April 1996 und der Justiz- und Polizeikommission vom 7. Juni 1996: Erneuerung der Informations-Technologie und Einführung einer Gesamtlösung im Informatikbereich (GENV3/KAV) bei den Bezirksschreibereien des Kantons Basel-Landschaft *beschlossen* 464
- 24 96/55
Berichte des Regierungsrates vom 12. März 1996 und der Bau- und Planungskommission vom 6. Juni 1996: Erneuerung der Telekommunikationseinrichtungen der Kantonalen Psychiatrischen Dienste (KPD) in Liestal; Baukreditvorlage *beschlossen* 465
- 25 96/91
Berichte des Regierungsrates vom 2. April 1996 und der Justiz- und Polizeikommission vom 10. Juni 1996: Übereinkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der Französischen Republik, der Regierung des Grossherzogtums Luxemburg und dem Schweizerischen Bundesrat, handelnd im Namen der Kantone Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Jura, über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und örtlichen öffentlichen Stellen ("Karlsruher Übereinkommen") *genehmigt* 466
- 26 Wahl des Präsidenten des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 1996 bis 30. Juni 1997
Erich Straumann gewählt 462
- 27 Wahl des Präsidenten des Regierungsrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 1996 bis 30. Juni 1997
Eduard Belser gewählt 462
- 28 Wahl der Vizepräsidentin des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 1996 bis 30. Juni 1997
Heidi Tschopp gewählt 463
- 29 Wahl des Vizepräsidenten des Regierungsrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 1996 bis 30. Juni 1997
Peter Schmid gewählt 463
- 30 Wahl von 5 Mitgliedern des Büros des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 1996 bis 30. Juni 1997
Rita Kohlermann, Urs Steiner, Andres Klein, Liselotte Schelble, Walter Jermann gewählt 464
- 31 96/157
Fragestunde
alle Fragen beantwortet 467

Nr. 477

20 96/98

Berichte des Regierungsrates vom 16. April 1996 und der Personalkommission vom 5. Juni 1996: Durchführung einer Hauptstudie "Strukturelle Besoldungsrevision"

Adolf Brodbeck: Der Präsident der Personalkommission erläutert den Kommissionsbericht.

Susanne Buholzer: Die FDP stimmt der Erstellung einer Hauptstudie "Strukturelle Besoldungsrevision" zu. Die FDP bedauert, dass bis heute keine Rückstellungen für die Kosten gemacht wurden, obwohl in Zusammenhang mit der Diskussion um den Teuerungsungleich die FDP auf dieses Erfordernis aufmerksam gemacht hat. Wir sehen die Notwendigkeit ein für ein zeitgemässes, flexibles Lohnsystem mit einer Überarbeitung des Merkmalkataloges und mit Einbezug der Leistungskomponente. Wir befürworten, dass die Regierung die Personalkommission mit Zwischenberichten auf dem Laufenden hält. Der Regierungsrat hat bestätigt, dass die Revision kostenneutral durchgeführt werden kann. Sollten die Personalverbände immer und immer wieder Widerstand leisten, könnte das gewählte Vorgehen zu einer mühsamen Aktion werden. Eine Zustimmung zur Besoldungsrevision ist auch eine Zustimmung zu allen negativen Entscheidungen.

Esther Aeschlimann: Die SP-Fraktion stimmt der Vorlage zu, weil wir den Handlungsbedarf erkennen. Die vorgeschlagene Projektorganisation ist richtig. Es handelt sich um eine fortschrittliche Regelung, v.a. wenn man die eine Zielsetzung beachtet, nämlich die Korrektur versteckter Frauendiskriminierung. Kostenneutralität darf bei der Besoldungsrevision kein Dogma sein. Die Projektkosten sind eher zu tief angesetzt. Es stellt sich die Frage, wie man die Zielsetzungen dieses anspruchsvollen Projektes erreichen will.

Peter Holinger: Die SVP/EVP-Fraktion ist mehrheitlich für die Durchführung der strukturellen Besoldungsrevision. Vielleicht ergibt sich daraus sogar eine Kostenreduktion; das wird sich dann zeigen. Verschiedene Unklarheiten und überholte Gegebenheiten können angepasst werden und wir erhalten ein modernes, flexibles und transparentes System, das auch einfacher in der Anwendung ist. Das ist mindestens das Ziel. Die Revision ist dringlich, sonst müssen immer häufiger die Gerichte entscheiden.

Adrian Meury: Die Vorstudie hat eindeutig Schwachstellen aufgezeigt. Das geltende Besoldungssystem ist veraltet. Das System sollte als Führungsinstrument besser genutzt werden können. Der Ämtereinreichungsplan ist ebenfalls revisionsbedürftig. Die Hauptstudie Besoldungsrevision soll ein flexibles und transparentes System erarbeiten, wie es heute in der Wirtschaft eigentlich schon längst eingeführt ist. Das System soll eine leistungsbezogene und gerechte Entlohnung erlauben. Ich denke dabei vor allem an gleiche Löhne von Mann und Frau, aber auch Aufhol- oder Reduktionsbedarf bei gewissen Berufsgattungen. Wir müssen unbedingt die Quervergleiche erstellen

zwischen öffentlicher Verwaltung und Privatwirtschaft. Der beantragte Kredit ist sicher gut investiert. Die Personalkommission wird laufend informiert und wird auch den Projektfortschritt überwachen. Es ist auch richtig, dass das BWI beauftragt wird: Das Institut kennt uns bereits aus der Vorstudie. Es hat auch verschiedene Projekte in weiteren Kantonen durchgezogen. Unser Kanton kann von dieser Erfahrung nur profitieren. Die CVP ist einstimmig für Eintreten und für Durchführung dieser Hauptstudie Besoldungsrevision.

Rudolf Keller: Die SD-Fraktion ist dafür, dass das Besoldungswesen angeschaut wird und in unserem Kanton ein modernes Besoldungssystem eingeführt wird. Wir sind gespannt darauf, ob ein solches Projekt kostenneutral durchgeführt werden kann. Wichtig ist für uns, dass bis zu einem gewissen Grad ein verstärktes Leistungssystem auch beim Staat eingeführt werden kann. Es ist uns bewusst, dass es bei Lehrern und Polizisten nicht so einfach ist, nach Leistungsbewertungen vorzugehen. Es ist uns ein Anliegen, dass die tiefen Löhne mindestens in ihrer Höhe gehalten werden können. Unser Kanton soll auch ein sozialer Kanton bleiben. In diesem Sinne unterstützen wir die Vorlage.

Esther Maag: Dass die Besoldungsrevision durchgeführt werden muss, ist auch bei uns Grünen unbestritten. Wichtig ist uns, dass ein weiterer Schritt in Richtung Gleichstellung unternommen wird. Sie soll explizit als Zielvorstellung festgeschrieben werden. Die Leistungskomponente ist ein heikles Instrumentarium. In der Privatwirtschaft hat man bereits Erfahrungen gesammelt mit Qualifikationsgesprächen. Die Ergebnisse sind sehr umstritten. Wir lehnen diese Ideen tendenziell eher ab, obwohl ich den Vorschlägen auch positive Punkte abgewinnen kann. Bei einer Leistungskomponente ist jemand, der ein Handicap psychischer oder physischer Natur hat, zusätzlich belastet. Gerade diese Leute haben es in der heutigen Wirtschaft sehr schwer. Eine alljährliche Qualifikation verbessert das Verhältnis unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht unbedingt, sondern belastet die Zusammenarbeit. Zu den Kosten: der normale Tagesansatz beträgt etwa 2000 Franken. Leute, die Besoldungsrevisionen erarbeiten, gehören also den oberen Lohnklassen an. Wir fragen uns, ob diese Leute denn Verständnis dafür haben, dass man obere Löhne herunterholen soll und untere Löhne dafür heraufsetzt. Uns wäre wichtig, dass bei einer Besoldungsrevision auch Leute mitarbeiten aus unteren Lohnklassen. Eine Idee wäre in diesem Zusammenhang auch gewesen, Leute in die Projektgruppe einzubeziehen, die von der ganzen Besoldungsrevision nicht mehr profitieren. Wir fragen uns auch, ob wir Erfahrungen aus anderen Kantonen nicht noch mehr nutzen könnten. Damit liessen sich die relativ hohen Kosten wohl noch senken.

Regierungsrat Hans Fünfschilling: Ich danke für die gute Aufnahme dieser Vorlage. Die Projektkosten sind tief. In der heutigen Situation ist das aber auch eine Herausforderung, dass wir mit diesen Mitteln auskommen müssen. Ich bin in diesem Zusammenhang optimistisch, weil wir von den Erfahrungen anderer Kantone profitieren können.

Adolf Brodbeck: Wir werden die Ergebnisse der Hauptstudie in etwa zwei Jahren in diesem Rat behandeln. Dann wird die Stunde der Wahrheit schlagen. Wir werden uns in der Kommission sorgfältig überlegen, ob es fallweise eine Weitergabe von Informationen an den Landrat braucht. Ich danke der Regierung und der Verwaltung für die klar strukturierte und redigierte Vorlage.

://: Mit grossem Mehr wird dem Landratsbeschluss zugestimmt.

**Landratsbeschluss
betreffend Durchführung einer Hauptstudie "Strukturelle Besoldungsrevision"**

Vom 20. Juni 1996

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Für die Durchführung einer Hauptstudie Besoldungsrevision wird ein Verpflichtungskredit von Fr. 910'000.– für die Jahre 1996, 1997 und 1998 (konto 2100.318.20–4) bewilligt.
2. Dieser beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Für das Protokoll:

Alex Achermann, 2. Landschreiber

*

Nr. 478

26 Wahl des Präsidenten des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 1996 bis 30. Juni 1997

Hans Rudi Tschopp: Die SVP/EVP-Fraktion schlägt Ihnen Erich Straumann vor.

Eingelegte Wahlzettel		84
davon leer	3	
ungültig	–	
Gültige Wahlzettel		81
Absolutes Mehr	41	

Gewählt ist Erich Straumann mit 81 Stimmen.

Erich Straumann: Als Mensch lernt man relativ früh "Danke" zu sagen. Mit dem möchte ich heute auch weiterfahren und zunächst einmal danken. Ich möchte der SVP/EVP-Fraktion danken, dass sie mich nominiert hat. Die Fraktion setzt damit ein Zeichen des Vertrauens in meine Person. Ich bin erst seit 21 Monaten in diesem Rat tätig. Der Wahlvorschlag ist deshalb auch ausserordentlich. Es ist für mich ganz klar, dass ich an dieser Stelle noch Alfred Zimmermann und Peter Tobler danken muss. Vor einem Jahr, bei meiner Wahl zum Vizepräsidenten, haben die beiden Kollegen auch ein kritisches Wort geäussert. Das hat mich aber auch anspornt, mein Amt mög-

lichst gut auszuüben. Weil man damals etwas zurückhaltend war, durfte ich nun dieses schöne Resultat erzielen. Dafür danke ich Euch allen recht herzlich. Es ist für mich auch wichtig, an dieser Stelle Liselotte Schelble zu danken. Es war sehr angenehm, neben ihr zu arbeiten. Ich konnte dabei sicher auch viel lernen, das ich heute umsetzen und weitergeben kann. Noten verteile ich nicht gerne, aber bei Liselotte würde ich spontan die Note "sehr gut" erteilen. Ich möchte weiter den vier anwesenden Musikanten recht herzlich danken. Ich liebe die Blasmusik. Ich hoffe, dass wir auch in diesem Saal immer wieder die nötige Harmonie herbeiführen können. Beim Dank möchte ich auch noch auf die Tribüne schauen. Dort sehe ich viele Kollegen. Auch aus dem Gemeinderat sind die Kollegen hier. Alle Vereine haben Delegationen abgeordnet. Auch meine Familie ist vollzählig hier. Dafür möchte ich ganz herzlich danken. Es ist für mich klar, dass man als Landratspräsident nicht allzuviel bewegen kann. Die Welt wird trotzdem rund bleiben. Meine Aufgabe ist es zu schauen, dass es hier drinnen rund läuft. Auch ist es für mich klar, dass dieses Amt befristet ist auf ein Jahr. Alles was wir haben, ist eine Leihgabe, die wir verwalten und betreuen und nachher wieder weiter geben. Alles, was wir von jemandem zugeteilt erhalten, müssen wir wieder weitergeben. Ich möchte Sie alle recht herzlich einladen im Namen der Gemeinde Wintersingen, einen gemütlichen Abend und ein schönes Fest zu verbringen.

Verteiler:

- Erich Straumann, Hauptstrasse 1, 4451 Wintersingen (durch Wahlanzeige)

Für das Protokoll:

Alex Achermann, 2. Landschreiber

*

Nr. 479

27 Wahl des Präsidenten des Regierungsrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 1996 bis 30. Juni 1997

Claude Janiak: Die SP-Fraktion schlägt Ihnen Regierungsrat Eduard Belser vor.

Eingelegte Wahlzettel		83
davon leer	6	
ungültig	–	
Gültige Wahlzettel		77
Absolutes Mehr	39	

Gewählt ist Regierungsrat Eduard Belser mit 76 Stimmen.

Verteiler:

- Regierungsratpräsident Eduard Belser, Fischmarkt 7, 4410 Liestal (durch Wahlanzeige)

Für das Protokoll:

Alex Achermann, 2. Landschreiber

*

Nr. 480

28 Wahl der Vizepräsidentin des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 1996 bis 30. Juni 1997**Peter Tobler:** Die FDP-Fraktion schlägt Ihnen Heidi Tschopp vor.

Eingelegte Wahlzettel		87
davon leer	4	
ungültig	1	
leere/ungültige Wahlzettel	5	
Gültige Wahlzettel		82
Absolutes Mehr	42	

Gewählt ist Heidi Tschopp mit 67 Stimmen.

Verteiler:

- Heidi Tschopp, Finelenstrasse 4, 4434 Hölstein (durch Wahlanzeige)

*Für das Protokoll:**Alex Achermann, 2. Landschreiber*

*

Nr. 481

29 Wahl des Vizepräsidenten des Regierungsrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 1996 bis 30. Juni 1997**Claude Janiak:** Die SP-Fraktion schlägt Ihnen als Vizepräsident Peter Schmid vor.

Eingelegte Wahlzettel		87
davon leer	14	
ungültig	1	
leere/ungültige Wahlzettel	15	
Gültige Wahlzettel		72
Absolutes Mehr	37	

Gewählt ist Regierungsrat Peter Schmid mit 68 Stimmen.

Verteiler:

- Regierungsrat Peter Schmid, Stettbrunnenweg 45, 4132 Muttenz (durch Wahlanzeige)

*Für das Protokoll:**Alex Achermann, 2. Landschreiber*

*

Nr. 482

21 96/81**Motion von Susanne Buholzer vom 25. März 1996: Individuelle und generelle jährliche Lohnanpassung**

Die Regierung ist bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Susanne Buholzer: Das neue Personalgesetz war eben in der Vernehmlassung. Doch hat im Rat noch keine Grundsatzdiskussion über den Leistungslohn stattgefunden. Der Regierungsrat will jetzt mit der Besoldungsrevision vorwärts machen. Darum vermute ich, dass meine Motion für die heutige Sitzung trankandiert wurde. Es gibt verschiedene Varianten, Leistungen zu honorieren. Mit der Zustimmung zum NPM wurde klar signalisiert, dass die Verwaltung des Kantons Basel-Landschaft nach fortschrittlichen Grundsätzen strukturiert werden soll. Meine Motion beabsichtigt nichts anderes, als das, was in Chemie und verschiedenen Unternehmungen bereits Praxis ist, zu realisieren. Generelle und individuelle Beiträge sollen gesprochen werden. Der generelle Beitrag wird für die gleichmässige Erhöhung der Löhne vorgesehen. Mit dem individuellen Beitrag sollen Leistungen anerkannt werden. Leider hat das Wort Leistung zum Teil einen negativen Beigeschmack erhalten. Aber eine individuelle Erhöhung muss nicht nur leistungsbezogen sein, sondern man kann damit auch Ausdauer, Zuverlässigkeit und Kreativität belohnen. Ich bin bereit, die Motion als Postulat zu überweisen, damit die Regierung das in Zusammenhang mit der Besoldungsrevision prüfen kann.

Heinz Giger: Die Motion von Susanne Buholzer gehört in den Bereich Lohnkonzepte. Mit der Verabschiedung der Vorstudie Besoldungsrevision durch den Landrat sind Eckwerte und zu bearbeitende Aspekte festgelegt worden. Wir haben eine Grundlage, um eine Besoldungsrevision durchzuführen. Im Rahmen der Besoldungsrevision wird mit Sicherheit das Lohnkonzept zur Diskussion gestellt zu einem anderen Zeitpunkt und in einem anderen Verfahren, nicht hier in Zusammenhang mit dieser Motion. Die Motion oder das Postulat sind im jetzigen Zeitpunkt unnötig. Die Motion soll nicht überwiesen werden. Eine Überweisung als Postulat lehnt die SP-Fraktion ab.

Peter Holinger: Die SVP/EVP-Fraktion möchte den Vorstoss mehrheitlich als Postulat überweisen. Im Rahmen der Besoldungsrevision soll die Frage intensiv besprochen werden. Im eigenen Geschäft habe ich schon seit mehreren Jahren ein leistungsbezogenes Lohnsystem in Form von Prämien, die ich ausbezahle, wenn es der Geschäftsverlauf zulässt.

Esther Maag: Zum Leistungslohn haben wir bereits unsere Vorbehalte angebracht. Man könnte vielleicht noch darüber reden, wenn zumindest Lohntransparenz gewährleistet wäre. Grundsätzlich sind die Grünen für Enthaltung.

Adrian Meury: Es ist nicht sinnvoll, Einzelbausteine aus dem Gesamtsystem herauszubrechen. Im Rahmen der Besoldungsrevision soll das Thema aber behandelt wer-

den. Die CVP-Fraktion ist aber mit der Überweisung als Postulat einverstanden.

://: Im Verhältnis 2/3 : 1/3 wird die Motion als Postulat überwiesen.

Für das Protokoll:

Alex Achermann, 2. Landschreiber

*

Nr. 483

22 96/100

Motion von Eva Chappuis vom 18. April 1996: Änderung der Ämterklassifikation (Einreichungsplan) - Einreichung der neuen Funktion Gesundheits- und Krankenpflege Diplommiveau 1

Regierungsrat Hans Fünfschilling: Die Regierung nimmt den Vorstoss als Postulat entgegen und beantragt, den Vorstoss gleichzeitig als erledigt abzuschreiben. Die Regierung hat beschlossen, auf die neuen Ausbildungsmöglichkeiten zu reagieren. Alle, die über die neue Ausbildung verfügten, wurden bereits um eine Lohnklasse angehoben. Eine weitere Erhöhung lehnt die Regierung ab. Im Rahmen der generellen Besoldungsrevision wird die Situation aber nochmals analysiert mit allen Quervergleichsbetrachtungen. Im vorliegenden Fall haben wir gemacht, was zur Zeit gemacht werden konnte. Das Postulat soll als erfüllt abgeschrieben werden.

Eva Chappuis: Ich möchte an der Motion festhalten. Die Regierung hat ohne Einbezug der Personalverbände gehandelt. Die Regierung hat eine Neueinreihung getroffen, die für Angehörige des Pflegepersonals gar nicht offen ist. Vor anderthalb Jahren wurden berechtigterweise die Handarbeitslehrerinnen um eine Lohnklasse angehoben, ohne dass es einen konkreten Anlass gegeben hätte. Vorliegend haben wir es mit einer völlig neuen Funktion zu tun. Wir haben eine vollwertige Pflegeausbildung. Dem trägt die Einreihung der Regierung zu wenig Rechnung. Es gibt in keinem Kanton so grosse Lohnunterschiede bei den Pflegeberufen wie im Kanton Basel-Landschaft. Finanzielle Auswirkungen hätte eine Aufstufung nur geringe. Der grösste Teil dürfte gar nicht beim Kanton beschäftigt sein, sondern in Alters- und Pflegeheimen. Ich halte am Antrag auf Überweisung als Motion fest.

Adolf Brodbeck: Eva Chappuis stösst in zweierlei Richtung: sie verlangt eine sofortige Umsetzung einer Neueinstufung und sie ist nicht einverstanden mit der Einreihung, wie sie die Regierung vorgenommen hat. Der erste Teil des Vorstosses von Eva Chappuis ist bereits erfüllt. Im zweiten Punkt sind die Meinungen klar geteilt. Die Frage ist schwierig zu beurteilen. Im Rahmen der Besoldungsrevision soll die Frage aber geprüft werden. Einzelanpassungen in der Vergangenheit führten immer wieder zu Ungerechtigkeiten. Im Rahmen der Besoldungsrevision wird man eine gesamtheitliche Betrachtung der medizi-

nisch-sozialen Berufe vornehmen. Das ist nun noch nachzuholen. Man kann das durchaus im Rahmen eines Postulates überprüfen. Ich bitte um Abweisung der Motion. Als Postulat mag der Vorstoss überwiesen werden.

://: Die Überweisung des Vorstosses wird mit 2/3 : 1/3 abgelehnt.

Für das Protokoll:

Alex Achermann, 2. Landschreiber

*

Nr. 484

30 Wahl von 5 Mitgliedern des Büros des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 1996 bis 30. Juni 1997

In stiller Wahl werden gewählt:

FDP	Rita Kohlermann, Urs Steiner
SP	Andres Klein, Liselotte Schelble
CVP	Walter Jermann

Verteiler:

– Gewählte durch Wahlanzeige

Für das Protokoll:

Alex Achermann, 2. Landschreiber

*

Nr. 485

23 96/95

Berichte des Regierungsrates vom 9. April 1996 und der Justiz- und Polizeikommission vom 7. Juni 1996: Erneuerung der Informations-Technologie und Einführung einer Gesamtlösung im Informatikbereich (GENV3/KAV) bei den Bezirksschreibereien des Kantons Basel-Landschaft

Dieter Völlmin: Der Kommissionspräsident erläutert den Kommissionsbericht.

Hans Ulrich Jourdan: Die Kosten der Vorlage sind verteilt über eine Zeitspanne von 1996 bis 2000. Der Nutzen liegt darin, dass die Informationstechnologie an der Basis erneuert und auf einen gleichmässigen Stand gebracht wird. Ein zweiter Nutzen liegt bei den kundenfreundlicheren Arbeitsabläufen, besonders auch auf dem Sektor der Auskünfte, der bei diesen Ämtern besonders wichtig ist. Ein weiterer Nutzen liegt in der Datenkommunikation mit weiteren Benutzerkreisen. Der finanzielle Nutzen dürfte auch sehr gut sein, sollen doch die Investitionen wieder als Einsparungen zurückfliessen. Die Investition ist gescheit und in einem vernünftigen Rahmen.

Claude Janiak: Die SP-Fraktion stimmt der Vorlage einstimmig zu. Die Vorstellung des Geschäftes durch die Verwaltung hat uns beeindruckt.

Gregor Gschwind: Die CVP-Fraktion erachtet es als sinnvoll, dass man die Gesamtlösung in Bezug auf die Informatik an die Hand nimmt. Der Zeitpunkt ist geschickt gewählt. Das Grundbuch soll auf EDV umgestellt werden. Bezüglich Vernetzung haben wir erkannt, dass dem Aspekt Datenschutz grosse Aufmerksamkeit geschenkt wurde. In der Fraktion tauchte noch die Frage auf, ob die Kosten für die Ersterfassung wirklich ausreichen. Die CVP-Fraktion ist einstimmig für Zustimmung.

Willy Grollmund: Erneuerung mittels Informationstechnologie ist ein Gebot der Stunde. Wir sind von der Notwendigkeit der Erneuerung überzeugt. Die SVP/EVP-Fraktion stimmt der Vorlage einstimmig zu.

Bruno Steiger: Ich persönlich bin immer etwas skeptisch, wenn aufgrund einer Strukturanalyse happige Kredite gesprochen werden sollen. Ich musste auch schon erleben, dass Strukturanalysen absichtlich in die falsche Richtung gelenkt wurden, nur um den Verwaltungsapparat unnötig weiter aufzublähen. Es ist bedauerlich, dass in den Bezirksschreibereien nicht bereits in den 80-er Jahren auf die Beschaffung einheitlicher Informationstechnologie geachtet wurde. Die Kosten belaufen sich auf über 3 Mio. Franken. Im Gegenzug sollen 3 Vollstellen abgebaut werden. Das ist auf den ersten Blick ein untragbares Kosten/Nutzen-Verhältnis. Von der zuständigen Stelle wurde das aber relativiert: Das Sparpotential liege viel höher. Wartungs- und Ersatzbeschaffungskosten würden wesentlich kleiner. Über die zu erwartenden Rechenschaftsberichte sind wir sehr froh. Wir erwarten, dass das in der Vorlage erwähnte Sparpotential auch voll ausgeschöpft wird. Sollte sich die ganze Übung im Nachhinein als Flop erweisen, müssten wir in Zukunft ähnlich lautende Begehlichkeiten ablehnen.

Esther Maag: Die Fraktion der Grünen ist für Annahme der Vorlage. Wir stehen dem erleichterten Datentransfer immer etwas skeptisch gegenüber. Im vorliegenden Fall können aber unnötige Doppelspurigkeiten vermieden werden. Um die EDV kommt man heute nicht mehr herum. Wir sind froh, dass wir von anderen kantonalen Erfahrungen profitieren können. Einen Vorteil sehen wir darin, dass bei Bauvorhaben schneller der Überblick gewonnen werden kann.

Regierungsrat Andreas Koellreuter: Ich danke für die gute Aufnahme der Vorlage. Das hat sicher auch damit zu tun, dass die Vorlage in der Verwaltung sehr seriös vorbereitet wurde. Für mich ist es ein Beispiel, wie man heute solche Projekte angehen sollte. Die Planungsphase bei solchen Projekten ist unglaublich wichtig. Ebenso ein sauberes klares Projektmanagement. Zur Frage von Gregor Gschwind bezüglich Ersterfassung: Die entsprechenden Kosten sind in der Vorlage enthalten. Zur personellen Situation bei den Bezirksschreibereien: Wir beschäftigen dort zur Zeit 5,4 Stellen zusätzlich wegen den Schwierigkeiten, die man heute hat im Betriebs- und Konkurs-

wesen. Man braucht sich also wohl kaum zu fürchten vor einem Stellenabbau. Zur Frage, warum man ein solches Projekt nicht schon früher lanciert hat: Wir hatten die technologischen Möglichkeiten noch gar nicht dazu.

Emil Schilt: Ich möchte allen Leuten, die bei den Bezirksschreibereien gearbeitet und die aufwendige Handarbeit geleistet haben, danken und dem neuen Verfahren möglichst wenig Viren wünschen.

://: Dem Landratsbeschluss wird ohne Gegenstimme zugestimmt.

**Landratsbeschluss
betreffend der Erneuerung der Informations Technologie und Einführung einer Gesamtlösung im Informatikbereich (GENV3/KAV) bei den Bezirksschreibereien des Kantons Basel-Landschaft**

Vom 20. Juni 1996

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Für die Erneuerung der Informations Technologie und Einführung einer Gesamtlösung im Informatikbereich (GENV3/KAV) bei den Bezirksschreibereien des Kantons Basel-Landschaft wird ein Kredit von Fr. 3'382'000.– bewilligt (Preisbasis Januar 1996).
2. Die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion wird ermächtigt, mit den entsprechenden Anbietern Verträge abzuschliessen.
3. Allfällige Kreditüberschreitungen im Rahmen der Teuerung aufgrund der Preisbasis gemäss Ziffer 1 werden bewilligt und sind in der Schlussabrechnung des Projektkredites auszuweisen.
4. Der Kredit wird zu Lasten des Kontos 2400.311.50 (Anschaffungen EDV/Projekte) bei der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion bewilligt.
5. Der Kredit ist gemäss Vorlage, auf die Jahre 1996–2000, unter dem in Ziffer 4. genannten Konto, zu verbuchen.
6. Die Projektleitung erstattet der zuständigen Landratskommission einen jährlichen Bericht über den Stand des Projektes GENV3/KAV.
7. Ziffer 1 dieses Beschlusses untersteht gemäss § 31 Absatz 1 Buchstabe b der Staatsverfassung der fakultativen Volksabstimmung.

Für das Protokoll:

Alex Achermann, 2. Landschreiber

*

Nr. 486

24 96/55

Berichte des Regierungsrates vom 12. März 1996 und der Bau- und Planungskommission vom 6. Juni 1996: Erneuerung der Telekommunikationseinrichtungen der Kantonalen Psychiatrischen Dienste (KPD) in Liestal; Baukreditvorlage

Rudolf Felber: Der Kommissionspräsident erläutert den Kommissionsbericht.

Hans Herter: Die Anlage ist seit 1975 in Betrieb. Die Technik dazu stammt aus dem Jahr 1958. Die Anlage lässt es nicht zu, dass man moderne digitale Geräte anschliesst. Die Austauschbarkeit von Daten bei zum Teil dezentralen Stellen ist nicht möglich. Die Erreichbarkeit der einzelnen Mitarbeiter ist erschwert oder nicht optimal möglich. Die Betriebssicherheit der bestehenden Anlage ist ebenfalls nicht mehr genügend sichergestellt, denn die Ersatzteile sind oft nicht mehr einfach aufzutreiben. Auch das Wartungspersonal der PTT verliert zum Teil das nötige Know-how. Mit der neuen Anlage soll eine Verbesserung der internen und externen Kommunikation erreicht werden sowie eine Entlastung der internen Telefonzentrale. Patientenempfang und -einweisung sollen verbessert werden. Ebenso soll die Sicherstellung der Betriebsbereitschaft forciert werden. Der Ausbau eines modern strukturierten Datennetzes wird möglich. Die Verbesserung des Datenschutzes und somit des Persönlichkeitsschutzes kann verbessert werden. Aus all diesen Gründen beantragt Ihnen die FDP-Fraktion, der Vorlage zuzustimmen.

Rolf Rück: Es geht um die Anschaffung einer voll ISDN-kompatiblen Anlage. Dies ist heute dringend nötig. Die SP-Fraktion stimmt der Vorlage einstimmig zu.

Peter Minder: Auch die Fraktion der SVP/EVP stimmt der Vorlage zu. Eine Telefonzentrale ist einer der Lebensnerven eines Spitals. Die bestehende Telefonanlage ist veraltet.

Willi Müller: Die jetzige Anlage ist veraltet und störungsanfällig. Wir stellen fest, dass der Auftrag öffentlich ausgeschrieben werden soll und somit auch ein tieferer Preis erzielt werden könnte. Die Fraktion der Schweizer Demokraten unterstützt die Vorlage einstimmig.

Elsbeth Schneider: Ich freue mich über die effiziente Beratung dieses Geschäftes. Das wäre ein gutes Beispiel dafür, wie wir in Zukunft Geschäfte unter Berücksichtigung der Grundsätze von NPM und WOV beraten könnten. Ich danke Ihnen dafür.

://: Der Vorlage wird ohne Gegenstimme zugestimmt.

Landratsbeschluss

betreffend Erneuerung der Telekommunikationseinrichtungen der Kantonalen Psychiatrischen Dienste (KPD) in Liestal

Vom 20. Juni 1996

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Der Erneuerung der Telekommunikationseinrichtungen der KPD wird zugestimmt und der erforderliche Verpflichtungskredit von Fr. 2'150'000.– als gebundene Ausgaben zu Lasten des Kontos 2320.703.30–194 wird bewilligt.
2. Die durch Teuerung ab 1. Oktober 1995 verursachten Mehrkosten des Kredites unter Ziffer 1 werden bewilligt und sind in der Abrechnung nachzuweisen.

Für das Protokoll:

Alex Achermann, 2. Landschreiber

*

Nr. 487

25 96/91

Berichte des Regierungsrates vom 2. April 1996 und der Justiz- und Polizeikommission vom 10. Juni 1996: Übereinkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der Französischen Republik, der Regierung des Grossherzogtums Luxemburg und dem Schweizerischen Bundesrat, handelnd im Namen der Kantone Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Jura, über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und örtlichen öffentlichen Stellen ("Karlsruher Übereinkommen")

Dieter Völlmin: Der Kommissionspräsident erläutert den Kommissionsbericht.

Peter Tobler: Was man bisher in der Praxis einfach gemacht hat, hat nun allseits eine gesicherte Rechtsgrundlage. Das Abkommen ist wichtig, weil es uns erlaubt, unsere Arbeit zu machen. Die FDP-Fraktion ist einstimmig für diese Vorlage.

Ursula Jäggi: Die SP-Fraktion unterstützt einstimmig diese Vorlage. Mit dem Übereinkommen wird ein einfacherer Handlungsspielraum möglich gemacht.

Willy Grollmund: Es liegt nichts Neues vor. Bis zum 1. Weltkrieg hat die Zusammenarbeit grenzüberschreitend ohne Weiteres funktioniert. Die Region Oberrhein wird durch dieses Abkommen gestärkt. Die SVP/EVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten.

Matthias Zoller: Das Übereinkommen ist ein Hilfsmittel, das zeigt, wie man etwas erreichen kann. Die CVP-Fraktion ist einstimmig für Zustimmung.

Bruno Steiger: Wir dürfen uns von diesem Abkommen nicht zu viel erwarten. Es handelt sich um ein rein formel-

les Abkommen. Da das Abkommen unser innerstaatliches Recht nicht tangiert und auch keine finanziellen Verpflichtungen beinhaltet, kann die Fraktion der Schweizer Demokraten dem Geschäft zustimmen.

Esther Maag: Das Abkommen hat keine Auswirkungen auf innerstaatliches Recht und es kostet uns auch nichts. Die Zusammenarbeit von Gemeinde zu Gemeinde wird dazu beitragen, Misstrauen abzubauen und Vertrauen aufzubauen. Uns in einer Grenzregion kann die Ratifikation dieses Abkommens nur entgegenkommen. Noch schöner wäre es, wenn es als Impuls genommen werden könnte für eine Intensivierung der Zusammenarbeit im kulturellen oder wirtschaftlichen Sektor. Die Fraktion der Grünen stimmt der Vorlage zu.

://: Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

Landratsbeschluss
über die Genehmigung des Übereinkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der Französischen Republik, der Regierung des Grossherzogtums Luxemburg und dem Schweizerischen Bundesrat, handelnd im Namen der Kantone Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Jura, über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und örtlichen öffentlichen Stellen (Karlsruher Übereinkommen)

Vom 20. Juni 1996

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst, gestützt auf § 64 Absatz 1 Buchstabe b der Kantonsverfassung vom 17. Mai 1984.:

1. Das Übereinkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der Französischen Republik, der Regierung des Grossherzogtums Luxemburg und dem Schweizerischen Bundesrat, handelnd im Namen der Kantone Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Jura, über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und örtlichen öffentlichen Stellen vom 23. Januar 1996 (Karlsruher Übereinkommen) wird genehmigt.
2. Der Regierungsrat wird ermächtigt, dieses Übereinkommen durch Vermittlung des Schweizerischen Bundesrates zu ratifizieren.

Für das Protokoll:
Alex Achermann, 2. Landschreiber

*

Nr. 488

31 96/157 Fragestunde

1. Peter Brunner: Militärische Arztzeugnisse

Im Kanton Basel-Landschaft müssen Lastwagenfahrer, die ihre Ausbildung im Militär (Rekrutenschule) absolviert haben und dies auf ihren zivilen Fahrausweis überschreiben bzw. beruflich anwenden möchten, trotz mehrfacher militärärztlicher Untersuchungen, zusätzlich noch eine private ärztliche Untersuchung nachweisen. Dies im Gegensatz zu den Kantonen Basel-Stadt oder Aargau, wo die militärärztlichen Untersuchungen den privaten Untersuchungen gleichgestellt und vollwertig anerkannt bzw. auf 5 Jahre hinaus gültig sind.

Fragen:

1. Warum beschreitet hier der Kanton Basel-Landschaft eine Sonderlösung, die ausser mehr Kosten und Zeitaufwand, für den betroffenen Mitbürger wie die Verwaltung letztendlich keine neue Erkenntnisse bringt?
2. Ist der Regierungsrat bereit, diese überflüssige und schikanöse ärztliche Zusatzuntersuchung abzuschaffen bzw. die militärischen Untersuchungen als vollwertig anzuerkennen?

Regierungsrat Andreas Koellreuter: Ausweise der Kategorie C verlangen eine vertrauensärztliche Untersuchung. Immer mehr Kantone haben im Fall, den Peter Brunner anspricht, darauf verzichtet. Aus heutiger Sicht hat Peter Brunner mit seiner Fragestellung durchaus recht. Von Kundenseite her haben wir aber nie Reklamationen gehört. Es handelt sich pro Jahr nur um etwa fünf bis sechs Fälle. Ich danke Peter Brunner für seinen Anlauf, Leerlauf zu verhindern und darf mitteilen, dass ab heute in den genannten Fällen keine vertrauensärztliche Untersuchung im Kanton Basel-Landschaft mehr verlangt wird.

Peter Brunner: Ich möchte dem Regierungsrat danken, dass es auch möglich ist, mit einer Frage in einer Fragestunde eine positive Änderung hinzubringen, ohne dass man ein Postulat oder eine Motion einreichen muss. Ich werden das Instrument vielleicht noch mehr in diesem Sinne nutzen.

2. Dieter Völlmin: Schloss Wildenstein

Im Zusammenhang mit meinem Postulat vom 9. November 1995 betreffend "Neubeurteilung des Erwerbs und der Instandstellung von Schloss Wildenstein" hat Frau Regierungsrätin Schneider gemäss bz vom 6. Januar 1996 zunächst angekündigt, sie wolle alles daran setzen, bis Ende März 96 neue Stiftungsmitglieder präsentieren zu können, man stehe in Verhandlung mit diversen Gesprächspartnern. Anlässlich der Beratung im Landrat vom 25. März 1996, also Ende März, konnten keine neuen Stiftungsmitglieder präsentiert werden und es wurde als neuer Termin Juni 1996 genannt.

Fragen:

1. Ist der Regierungsrat nunmehr in der Lage, entsprechend seiner Ankündigung weitere Mitglieder für eine "Stiftung Schloss Wildenstein" zu präsentieren?
2. Besteht eine neues Nutzungskonzept für Schloss Wildenstein?
 - Wenn ja, worin besteht es?
 - Welche finanzielle Auswirkungen hat es?
 - Ist es vorübergehender oder langfristiger Natur?
3. Sofern Ziffer 1 mit "nein" beantwortet wurde: Werden weiterhin Verhandlungen mit potentiellen Stiftungsmitgliedern geführt?
4. Wie lange gedenkt der Regierungsrat noch an der ursprünglichen Absicht, Schloss Wildenstein als Tagungszentrum zu nutzen, festzuhalten?

Elsbeth Schneider: Wir sind nicht in der Lage, neue Stifter zu präsentieren. Verhandlungen wurden geführt. Bisher sind aber nur Absagen erfolgt.

Ein neues Nutzungskonzept besteht nicht. Sollten wir Stifter finden, würden wir ein anderes Nutzungskonzept ausarbeiten. Nach wie vor gilt der Landratsbeschluss vom 16. Mai 1994. Die Nutzung hat sich nach den bestehenden Räumlichkeiten zu richten. Schloss Wildenstein wird ab Ende Sommerferien für die Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Ich habe Ihnen eingangs der Sitzung unser Nutzungskonzept verteilen lassen. Wir haben bisher noch keine Propaganda gemacht, haben aber bis Ende Jahr bereits viele Reservationen.

Weitere Verhandlungen werden noch geführt. Es wird aber immer schwieriger.

Die Regierung hat keine weiteren Diskussionen geführt über das Projekt Tagungszentrum. Wir halten uns auch an die Vorlage des Landrates. Ich habe im Sinne, dem Landrat im September eine neue Vorlage zu unterbreiten zum Ausbau des Estrichs. Auch die Bau- und Planungskommission ist heute davon überzeugt, dass sich die Nutzungsmöglichkeiten verbessern lassen. Ich hoffe, dass das der Landrat in diesem Sinne auch unterstützen wird.

Dieter Völlmin: Ich möchte eine Zusatzfrage stellen. Die Nutzung wie im Prospekt dargestellt, ist gedacht als Übergang?

Elsbeth Schneider: Falls wir einen Stifter gefunden haben, müsste das Konzept überarbeitet werden.

3. Alfred Zimmermann: Velostationen an Bahnhöfen und Haltestellen

Am 18. April 1994 hat der Landrat mein Postulat betr. Velostationen überwiesen.

Frage:

Welche Abklärungen wurden bis jetzt getroffen, und wie ist der heutige Stand der Planung?

Elsbeth Schneider: Der Regierungsrat ist der Meinung, dass es bei den vom Fragesteller bezeichneten Aufgaben nicht um solche handelt, die der Staat übernehmen sollte. Wir haben keine weiteren Verhandlungen geführt, weil wir das Gewerbe nicht konkurrenzieren wollen. Wir wollen es den Privaten überlassen, sich in diesem Segment ver-

mehrt zu engagieren. Sie hätten dort unsere Unterstützung.

Alfred Zimmermann: Ist es der Frau Regierungsrätin klar, dass ich über diese Antwort sehr enttäuscht bin? Der Landrat hat mein Postulat überwiesen. Ist die Regierung nicht auch der Meinung, die Regierung müsste etwas befolgen, das der Landrat beschliesst und die Regierung vielleicht nicht so dafür ist? Darf ich meiner Hoffnung Ausdruck geben, dass die Regierung nicht wartet, bis Private kommen, sondern aktiv etwas unternimmt, wie das ihre Pflicht ist.

Elsbeth Schneider: Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass er landrätliche Aufträge zu erfüllen hat. Unsere Abklärungen haben ergeben, dass es keine staatliche Aufgabe ist, die privaten Velohändler zu konkurrenzieren und wir möchten deshalb davon absehen, weiter zu agieren.

4. Franz Ammann: Lehrstellenangebot

Mit der Rezession und dem allgemeinen Stellenabbau in der Region Basel, aber auch der Fusion bzw. Ausgliederung verschiedener Betriebszweige der Chemischen Industrie muss leider festgestellt werden, dass das Stellenangebot für Lehrstellen sektoriell zur Zeit eher begrenzt ist.

Vor allem Jugendliche mit nicht genügend qualifizierter Schulbildung bekunden teilweise Mühe, einen ihren Wünschen und Vorstellungen entsprechenden Lehrplatz zu finden.

Fragen:

1. Wo und in welchen Branchen und Berufen besteht zur Zeit ein Überangebot an Lehrstellen bzw. ein Nachfrageüberhang nach Lehrstellen?
2. Mit welchen Massnahmen kann und wird der Kanton aktiv, um den lernwilligen Jugendlichen zu einer qualifizierten Lehrstelle zu verhelfen?

Peter Schmid: Es gibt Berufsfelder, wo offene Lehrstellen noch vorhanden sind (Verkauf, Baugewerbe, Gastgewerbe, Körperpflege, Metallbau, Mechanikerberufe). Dort gibt es noch unbesetzte Lehrstellen. Wir gehen davon aus, dass man in diesen Bereichen 200 bis 300 Lehrstellen nicht wird besetzen können. Auf der anderen Seite der Entwicklung befinden sich Berufe im Elektronikbereich und der Spitzenreiter ist der neue Beruf Informatiker / Informatikerin. Wir haben im graphischen Gewerbe, in kreativen Bereichen wie etwa Goldschmied / Goldschmiedin, Photograph/Fotographin Defizite beim Lehrstellenangebot. Das war aber auch in wirtschaftlich besseren Zeiten nicht entscheidend anders. Zu wenig Lehrstellen gibt es zur Zeit noch im neuen BIGA Beruf der medizinischen Praxisassistentinnen und -assistenten wie auch im kaufmännischen Bereich. Umstrukturierungen bspw. im Bereich der Chemie haben die Wirkungen, dass die beteiligten Partner im unterschiedlichen Ausmass Lehrstellen reduziert haben, weil vermittelt wurde, es könnte möglicherweise der Bedarf an Berufsleuten in diesen Berufen sinken. Ein Teil der Jugend nimmt in einem Akt des vorauseilenden Gehorsams diese Entwicklung auch vorweg, vorauf sich auch der Bedarf an Lehrstellen reduziert. Die

Betriebe achten dabei zu beschränkt auf ihre eigenen Bedürfnisse und ziehen nicht in Betracht, dass die Ingenieurschule auf den Nachwuchs an Berufsleuten angewiesen ist. Es ist ganz wichtig, die Statistik differenziert zu betrachten. Gleichzeitig darf ich darauf hinweisen, dass wir im Jahr 1995 670 neu abgeschlossene Lehrverträge hatten. Im Jahr 1994 waren es 700. Im Jahr 1996 waren es 840. In dieser nicht ganz unproblematischen Situation darf man feststellen, dass die Lehrverhältnisse zugenommen haben. Jugendliche die nichts finden, sind am ehesten in der allgemeinen Abteilung der Sekundarschule zu finden, weniger aber bei den Absolventinnen und Absolventen der BWK. Das hat damit zu tun, dass BWK-Lehrerinnen und Lehrer es als ihre prioritätäre Aufgabe betrachten, bei der Stellensuche zu unterstützen. Wir werden die weitere Situation sorgfältig im Auge behalten. Wer keine Lehrstelle findet, dem soll individuell geholfen werden. Ob wir dabei restlos erfolgreich sein werden, kann ich heute noch nicht sagen. Im Vergleich zum letzten Jahr wurden zwei Einrichtungen neu geschaffen: die sogenannte Vorlehre, die sich an diejenigen richtet, die individuelle schulische Defizite aufweisen, und neu ist auch die Integrationsklasse im Werkjahr, die sich vor allem an Jugendliche richtet, die neu in die Schweiz gekommen sind.

5. Andres Klein: LehrerInnenfortbildung und Seminar

In den Basellandschaftlichen Schulnachrichten Nr. 2 vom April 1996 steht im Leitbild des Seminars folgendes: "Das Seminar Liestal setzt sich als Pädagogische Hochschule zum Ziel, Studierende mittels berufsbezogener Aus-, Fort- und Weiterbildung zu kompetenten, verantwortungsvollen, initiativen und toleranten Lehrenden und Erziehenden auszubilden".

Meines Wissens war die Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte bisher Aufgabe der Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung Baselland.

Fragen:

1. Wird beabsichtigt, die Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung Baselland in das Seminar zu integrieren?
2. Wenn ja, auf welchen Zeitpunkt soll dies geschehen?
3. Wenn ja, wann ist die Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung Baselland über diese Fusion informiert worden?
4. Wenn nein, wie werden die Fortbildungsaufgaben zwischen den beiden Dienststellen aufgeteilt und koordiniert?

Regierungsrat Peter Schmid: Es ist vorgesehen, kurz- und mittelfristig Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung ins Seminar zu integrieren. Der in den Schulnachrichten erschienene Artikel schafft Unklarheiten. Man könnte den Eindruck erhalten, dass die zwei bezeichneten Bereiche genau das Gleiche machen. Darum möchte ich das kurz definieren: Das Seminar hat als Aufgabe die Weiterbildung im Rahmen der Grundausbildung. Weil die Seminar-ausbildung modular aufgebaut ist, stehen die einzelnen Module bei freien Plätzen auch den einzelnen Lehrerinnen und Lehrern offen. Das verstehen wir unter Weiter- und Fortbildung im Rahmen der Lehrerausbildung. Es ist denkbar, dass eine langjährige Lehrkraft sich wieder theore-

tisch à jour bringen möchte und einzelne Bereiche der Grundausbildung nochmals besuchen möchte. Wir denken an Spezialbereiche (z.B. Befähigung für Textilhandarbeit oÄ), die mit der Grundausbildung verknüpft sind aber zusätzlich nach der Grundausbildung absolviert werden könnten. Das soll am Seminar ebenfalls möglich sein. Das gleiche Angebot soll nachher nicht an der Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung gleichzeitig angeboten werden.

Damit sind alle Fragen beantwortet.

Für das Protokoll:

Alex Achermann, 2. Landschreiber

*

Begründung der persönlichen Vorstösse

Nr. 489

96/159

Motion von Christoph Rudin vom 19. Juni 1996: Verbesserung der Mitwirkungsrechte der Angeschuldigten und der Opfer vor Abschluss der Strafuntersuchung im Rahmen der Revision der Strafprozessordnung

Nr. 490

96/160

Motion von Andrea von Bidder vom 20. Juni 1996: Kommunikation ist lernbar

Verzicht auf Bemerkungen

Für das Protokoll:

Alex Achermann, 2. Landschreiber

*

Nr. 491

Mitteilungen

Landratspräsidentin Liselotte Schelble: Die 366 Tage meiner Amtszeit sind für mich wie im Flug vergangen. Dass mir das Amt Freude und Spass gemacht hat, steht mir ins Gesicht geschrieben. Ich schalte und walte leidenschaftlich gerne. Ich habe auch immer Freude an vielen Zusatzanträgen gehabt. Das Leiten der Landratssitzungen war das eine, das andere war die Vertretung des Landrates oder des Baselbiets. Man lernt die verschiedensten Institutionen kennen und merkt beispielsweise, wie wichtig das Vereinsleben im Baselbiet ist. Ich habe bewusst auch

Veranstaltungen in Basel besucht, bin ich doch in dieser Stadt aufgewachsen. Ich habe auch bewusst an Veranstaltungen ausserhalb der Schweiz teilgenommen. Der Gedanke der Regio ist mir sehr wichtig. Für die Erfahrungen, die ich machen durfte, möchte ich ganz herzlich Dankeschön sagen. Es war für mich ein sehr reiches Jahr. Ich politisiere sehr gerne, habe aber auch noch eine andere Seite: ich arbeite mit geistig behinderten Kindern. Diese haben mich viele Dinge gelernt. Sie haben mit gelernt, Geduld zu haben und offen zu sein. Geistig Behinderte sind nie hinterhältig. Sie haben mich auch gelehrt, Freude, Trauer und Wut gerade offen zu zeigen. Zum Abschluss möchte ich den österreichischen Dichter Georg Paulmichl zitieren:

Staatsmänner

Die Staatsmänner sind von edler Qualität.
Ihre Stimmen sind so tief wie ein Tenor.
Sie übersenden allerlei Botschaften an die Völker.
Durch die Politik werden die Staatsmänner zum hohen Rat befördert.
Die Staatsmänner weihen ein was die Gebäude halten.
Ihre Bevollmächtigungen haben sie von oben geerbt.
In ihrer Freizeit zählen die Staatsmänner die Raketen.
Sie tun alles, damit sich das Volk dem Wohle fügt.

Landtagswahlen

Die Spitzenpolitik regiert in Südtirol den Landtag.
Heuer werden die Wahlurnen wieder gezückt.
Die Demokratie braucht ein Wahlergebnis.
Kandidaten fischen im Wählergetümmel.
Die Parteien bezwingen die Meinungsfreiheit.
Kandidatengesichter biegen sich krumm vor Lachen.
Stimmgedonner grollt zum Wahlspektakel.
Die Wahlkandidaten sind intelligent und katholisch.
Wer das Kreuz abgibt, hat das Leben nicht mehr auf dem Buckel.

Die Beamten

Die Beamten sind ein weitlebendes Wesen.
Sie müssen Tag und Nacht ihre Ämter walten.
In den Schalterämtern haben die Beamten ihre Sitze.
Die Beamten haben saubere Schuhe und Krawatten an.
Auf ihren Schreibtischen stapeln sich Akten in Reih und Glied.
Unterlagen und Behördenkram sorgen für den Tagesinhalt der Beamten.
Tief in den Akten wird nach den Beschlüssen gestöbert.
Wer sucht der findet, wer anklopft dem wird nicht immer aufgetan.

Eine Landratspräsidentin ist nur eine Prima inter Pares. Sie ist auf die Hilfe vieler angewiesen. Ich danke Ihnen herzlich für die Unterstützung, die sie mir in meinem Amtsjahr gewährt haben.

Regierungsrat Andreas Koellreuter: Liselotte Schelble hat an ihrem Inaugurationsfest des Thema Zirkus als Motto gewählt. Als Zirkusdirektorin hat sie mit vielerlei Figuren zu tun: mit Clowns, mit Nummerngirls und -boys, mit Trapezkünstlerinnen und -künstlern, mit Seiltänzerinnen und -tänzern aber auch mit Tigern und Affen. Sie muss echt

ihren Laden in Ordnung halten. Sie muss ihren Zirkus auch verkaufen, damit es überhaupt genügend Zuschauer hat. All das hat Liselotte Schelble im Parlament bravourös gemacht. Sie hat die Landrätinnen und Landräte sanft aber durchaus bestimmt geführt. Sie hat Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit der Handglocke zur Ordnung gerufen, falls das nötig war. Mit der intensiven Mitarbeit an der Broschüre über den Landrat hat sie der Bevölkerung das Parlamentsgeschehen transparenter gemacht. Sie hat die Leitungsaufgabe mit hoher Kompetenz ausgeübt. In ihrem Präsidentschaftsjahr hat sie den Kanton engagiert und kompetent repräsentiert. Man spürte, dass es ihr Freude gemacht hat und dass sie das offensichtlich genossen hat, als höchste Baselbieterin in die gewohnten, aber auch in die ungewohnten Kreise vorzustossen. Auch der Kanton hat ihr als Landratspräsidentin viel zu verdanken. Selten ist mit so viel Kompetenz, Charme und einfach ansteckendem Lachen dieses Amt ausgeübt worden. Im Namen des Kantons danke ich Liselotte Schelble ganz herzlich für ihre Arbeit.

Für das Protokoll:
Alex Achermann, 2. Landschreiber

*

Nr. 492

Rücktritt aus dem Landrat

Landratspräsidentin Liselotte Schelble bedankt sich und verabschiedet die Landrätinnen **Katherina Furler** und **Rita Mächler**, die ihren Rücktritt bekannt gegeben haben.

Für das Protokoll:
Alex Achermann, 2. Landschreiber

*

Nr. 493

Überweisungen des Büros

Landratspräsidentin **Liselotte Schelble** gibt Kenntnis von folgenden Überweisungen:

96/158 Bericht des Regierungsrates vom 18. Juni 1996: Bewilligung des Verpflichtungskredites und Erteilung des Enteignungsrechtes für den Neu- und Ausbau der Abwasseranlagen im Diegtertal; **an die Umweltschutz- und Energiekommission**

Petition von Thomas Meier, Pratteln, vom 16. Juni 1996 "für die Abschaffung der Kirchensteuerpflicht juristischer Personen"; **an die Petitionskommission**

Für das Protokoll:
Alex Achermann, 2. Landschreiber

*

**Die nächste Landratssitzung findet statt am
Donnerstag, 5. September 1996, 10.00 Uhr**

*

Für die Richtigkeit des Protokolls

Im Namen des Landrats

die Präsidentin:

der Landschreiber: